

Prinzipienerklärung von Syndibasa / Allianz der Basisgewerkschaften

Präambel

*Inmitten der Gesundheitskrise von Covid-19 veröffentlichen wir unsere Prinzipienerklärung. Diese Pandemie hat Tausende von Menschenleben gefordert, viele von ihnen ältere Menschen und Rentner*innen. Sie trifft die Klasse der Lohnabhängigen mit besonderer Wucht.*

Diese Zeit wird in unserem kollektiven Gedächtnis haften bleiben. Auch wenn wir ihr Ende noch nicht absehen können – trotz all der offiziellen Erklärungen im derzeitigen medialen Belagerungszustand. In diesem Jahr 2020 werden die Täuschungen der privilegierten Minderheiten, der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Eliten aufgedeckt. Alle Erklärungen der neoliberalen Ideologie, die vorgab, Wohlstand, Fortschritt und Wohlergehen zu sichern, entpuppen sich als ebenso erbärmliche wie spektakuläre Lügen. Die Härte der Zeit wird unseren Kampf nicht aufhalten.

Syndibasa ist die Allianz der Basisgewerkschaften. In ihr wollen sich Basisgewerkschaften und weitere Organisationen, die in der Arbeitswelt aktiv werden, zusammenschliessen, im Rahmen ihrer unterschiedlichen Situationen und Umfelder. Das Ziel ist, neben den klassischen gewerkschaftlichen Kampf- und Verteidigungsaktionen auch Elemente zu übernehmen, die in der Basis aus den neuen Realitäten geboren wurden, insbesondere aus der Prekarität und der strukturbedingten Arbeitslosigkeit.

Wir wollen zusammenkommen, uns solidarisch zeigen, eine Tradition der gegenseitigen Hilfe entwickeln, um über eine grössere Schlagkraft zu verfügen. So schaffen wir ein neues Kräftegleichgewicht, das uns ermöglicht, die Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, die Tragweite der emanzipatorischen Bewegungen auszuweiten und so zur Umgestaltung der Gesellschaft beizutragen.

Wir stehen im klaren Bruch zu den auf dem Arbeitsfrieden aufbauenden institutionellen Gewerkschaften, welche die Lohnabhängigen daran hindern, sich zu verteidigen, eine eigene Macht aufzubauen, ihre Forderungen durchzusetzen und Fortschritte zu erzielen. Die Gewerkschaften des Arbeitsfriedens geben ihren bürokratischen Apparaten Vorrang vor Aktionen und vor der Organisierung, die von der Basis ausgeht. Dies führt zu einer kritiklosen Akzeptanz der herrschenden Ordnung, mit einer Unterwerfung unter den Kapitalismus und seine Strategien. Das deutlichste Beispiel für dieses Abdriften ist zweifellos die Aushandlung von Gesamtarbeitsverträgen ohne Mobilisierungen und ohne den Aufbau von realen Machtverhältnissen, was zu einer Verschlechterung der für die Arbeitnehmenden ohnehin schon sehr schlechten rechtlichen Rahmenbedingungen geführt hat, was die Erfüllung einer der zentralen Forderungen der Arbeitgebenden bedeutet. Im Gegenzug kommen die unterzeichnenden Gewerkschaftsapparate in den Genuss einer üppigen Finanzierung durch Berufsbeiträge, die von den Arbeitnehmenden abgepresst werden. Den Arbeitnehmenden, die durch dieses Manöver betrogen und deren Interessen verkauft werden.

Wir wollen eine Arbeiter*innenorganisation, die wirklich unabhängig von den Machtzentren ist, die das System, die Institutionen und die politischen Parteien verwalten. Eine Organisation, die für die Unabhängigkeit der Klasse der Lohnarbeitenden und der breiten Masse des Volks einsteht und in diesem Rahmen handelt.

Wir wollen unseren Beitrag zur Basisorganisation und zu den Aktionen der Arbeiter*innen leisten. Dieser Beitrag geschieht auf der Grundlage eines fundamentalen Prinzips: Den Kampf zur

Verbesserung unserer Situation, zur Veränderung, zum Voranschreiten in Richtung soziale Emanzipation können wir nicht an andere delegieren.

Wir planen den Aufbau einer Gewerkschaftsbewegung und im weiteren Sinne einer sozialen Arbeitsorganisation als Alternative zu den Praktiken und Strategien der institutionellen Gewerkschaften des Arbeitsfriedens, welche die Aufgaben der Verteidigung und des Schutzes der Arbeitswelt nicht mehr wahrnehmen und auf jedes Projekt der sozialen Umgestaltung verzichtet haben. Wir setzen auf direkte Aktionen der Lohnabhängigen als Organisationsprinzip und zur Entwicklung eines Kräfteverhältnisses und eines Fortschritts, die den Lohnabhängigen zu Gute kommen.

Wir wollen eine föderale Gewerkschaftsbewegung und eine föderale allgemeine Arbeitsorganisation, die offen für alle Kollektive und alle Aktivist*innen ist, die unsere Vorgehensweise und unsere Ziele teilen.

In der Mobilisierung, Organisierung und Intervention von den bescheidensten täglichen Aufgaben bis hin zu Kämpfen grösseren Ausmasses wächst die Saat der sozialen Umgestaltung, des Fortschritts in Richtung Emanzipation.

Schritt für Schritt, beginnend mit dem unmittelbarsten Alltagsleben, kämpfen wir gegen das Modell der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung, das auf der Vorherrschaft der Finanzwelt, des Profits und der Wettbewerbsfähigkeit beruht. Aber auch gegen die Ausplünderung der Umwelt und die Ungleichheit, die den Frauen und anderen dominierten gesellschaftlichen Kategorien aufgezwungen wird.

Unser gesamter Kampf strebt danach, die unmittelbare Verbesserung der Lebens-, Arbeits- und Freiheitsbedingungen mit einer allgemeinen Bewegung der Demokratisierung, Gleichheit und sozialen Wiederaneignung des Reichtums, der sich aus der gemeinsamen Tätigkeit der Menschheit ergibt, zu verbinden.

Unsere Allianz, *Syndibasa*, ist sich der Bedrohung durch die globale Erwärmung bewusst. Durch unseren Kampf und unsere Überlegungen wollen wir unseren Beitrag dazu leisten, dass die politischen Behörden und der Bundesrat angesichts des Klimawandels den Ausnahmezustand ausrufen. Ein Ausnahmezustand ist der erste Schritt. Ohne ihn kann nichts geändert werden.

Massnahmen zur Bekämpfung der Klimaveränderung dürfen nicht dazu führen, dass die Arbeiter*innen bezahlen müssen. Um zu verhindern, dass die Veränderungen, die in der globalisierten Wirtschaft vorgenommen werden müssen, zu Verarmung und Massenarbeitslosigkeit führen, müssen die politischen Behörden und der Bundesrat die Gewinne der Nationalbank verwenden und eine CO₂-Steuer sowie eine neue Steuer zur Umstrukturierung von Industrie, Verkehr und Bauwesen erlassen. Die durch diese steuerlichen Massnahmen eingenommenen Gelder sollten in die von der Umstrukturierung am stärksten betroffenen Aktivitäten umgelenkt werden.

1. Mai 2020